

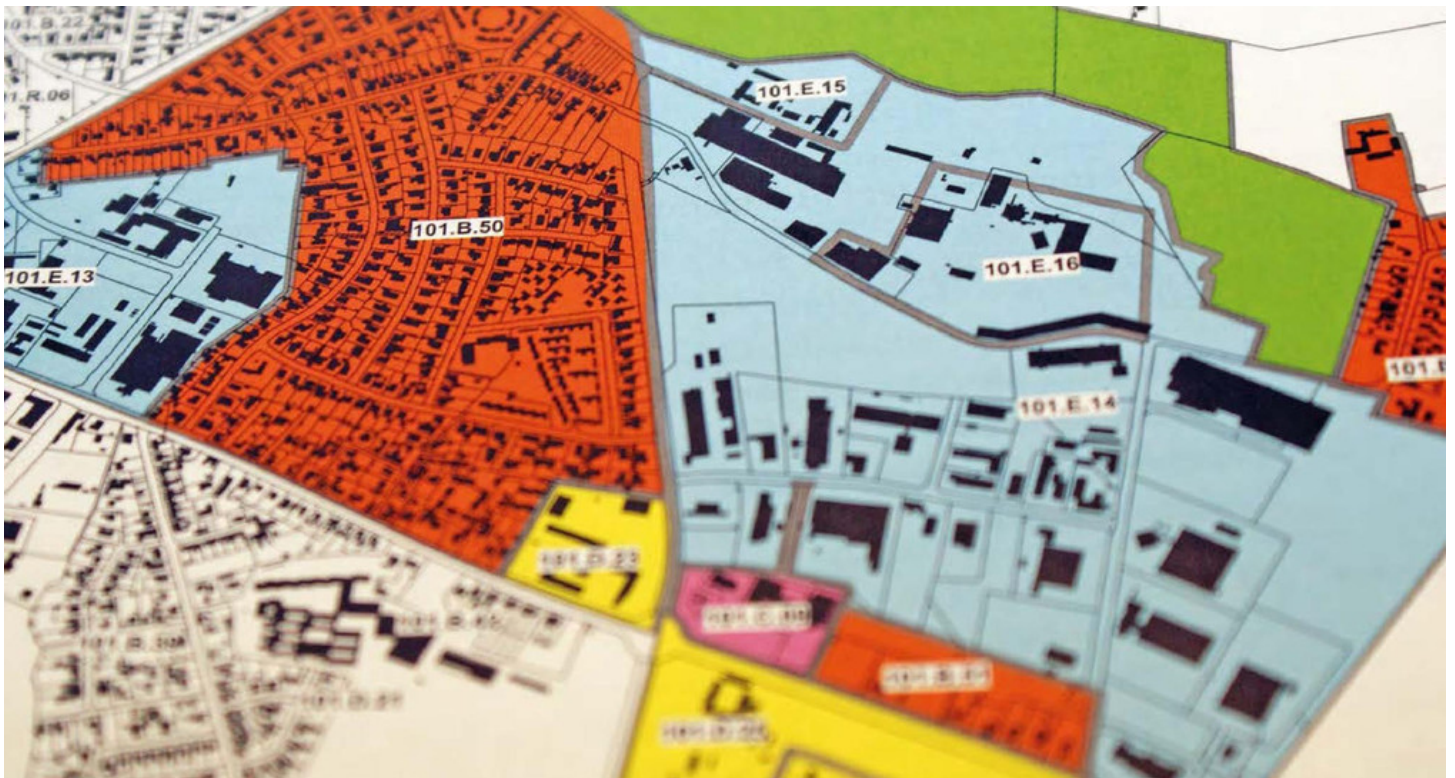


Staatsministerium
Baden-Württemberg

11.01.2021

KLIMASCHUTZ

Land unterstützt kommunale Wärmeplanung



Umweltministerium Baden-Württemberg

Das Umweltministerium und die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg haben einen Leitfaden für die kommunale Wärmeplanung vorgelegt.

Dem Wärmesektor kommt beim Klimaschutz eine herausragende Bedeutung zu. „Wenn wir den globalen Temperaturanstieg erfolgreich eingrenzen wollen, müssen wir unseren Wärmebedarf drastisch reduzieren, die Energie zur Deckung dieses Bedarfs effizienter einsetzen und möglichst klimaneutral erzeugen“, sagt Umweltminister Franz Unterteller. „Dafür“, so der Minister, „benötigen wir eine gute und langfristige Wärmeplanung.“ Zentrale Akteure dabei sind die Kommunen des Landes.

Klimaneutraler Gebäudebestand als Ziel

Um den Kommunen bei einer solchen Planung zu helfen, haben Umweltministerium und die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg jetzt einen Leitfaden zur kommunalen Wärmeplanung (PDF) vorgelegt. In ihm werden der Prozess von der Bestandsanalyse in einer Kommune bis hin zu einer auf mehrere Jahre angelegten Wärmewendestrategie für die jeweilige Kommune genau beschrieben. „Diese Strategie ist dann die Grundlage für eine systematische klimaneutrale Stadtentwicklung mit dem Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands“, sagte Untersteller.

In einer Online-Veranstaltung gemeinsam mit dem baden-württembergischen Städtetag erläuterte Untersteller Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern zahlreicher Kommunen die Idee der kommunalen Wärmeplanung und unterstrich deren Bedeutung im Kampf gegen den Klimawandel. „Das Potenzial liegt im privaten und im unternehmerischen Gebäudesektor. Und die Städte und Gemeinden sind aufgerufen die Wärmewende vor Ort strategisch zu koordinieren.“ Der neue „Leitfaden kommunale Wärmeplanung“ diene dabei als Orientierung und Hilfestellung.

Land unterstützt Kommunen

Außerdem kündigte der Umweltminister ein Förderprogramm an, um kleinere Kommunen bei ihrer Wärmeplanung finanziell zu unterstützen. Für die Stadtkreise und großen Kreisstädte, die gesetzlich zu einer Wärmeplanung bis Ende 2023 verpflichtet sind, wird ein finanzieller Ausgleich geschaffen. In den zwölf Regionen des Landes sollen überdies „Beratungsstellen kommunale Wärmeplanung“ als Ansprechpartner für die Kommunen entstehen.

[Umweltministerium: Handlungsleitfaden Kommunale Wärmeplanung](https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/land-unterstuetzt-kommunale-waermeplanung/?...)